

angrinder, 568
2 Ziegen. Un-
ne. Erlös aus
16 800—17 800,
2. 12—13 800,
000, 3. 11 500
0—11 500, 3.
23 500—24 000,
35—37 500, 3.
Großvieh und

m arkt.) Zu-
weine. Erlös
sen 1. 14 500,
—15 300, Rühre
18 500—19 500,
Marktverlauf:

stige Vieh
eis pro Stück
00 74 Rühren,
der und Kal-
15—20 000 M.
einemarkt
9—13 000 M
000 M. Auch
D b f m arkt
220—450 M
von etwa 200
kauf.

o b f m arkt
geführt. Sie
20 000 M für
Zentner 400
00 Ztr. Most-
Ztr. verkauf
pro Zentner.

an den Vorken- und
schäftlichen Verkeh-

n n. Calw.
i. Calw.

e
schenke
!

ches

ue

S

ens.

inen

dherr.

er Hof.

3 Uhr:

Dolch

n.

igkeit:

tesgaben und

er Wirksamkeit

Wütlingen

lung, Calw.

ist

ittags

n.

haft und

i. b. S.

e all. Art.

ark u. mehr.

auscheiden.

rzheim,

straße 52.



Nr. 262

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite M. 14.—
Wochen M. 40.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 9. November 1922.

Bezugpreis: In der Stadt mit Frachtkosten M. 540.—, vierteljährlich, Postbezugs-
preis M. 540.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigennahme 3 Uhr vormittags.

Das Gutachten der ausländischen Sachverständigen. Stabilisierung der Mark auf 3000 bis 3500. — Moratorium für mindestens 2 Jahre.

Der Hauptvorschlag der ausländischen Sachverständigen.

Berlin, 8. Nov. Der Hauptvorschlag der gestern abend dem Reichskanzler übergebenen Gutachten der ausländischen Sachverständigen Brandt, Keynes-England, Jense-Amerika und Cassel-Schweden zielt auf eine Stabilisierung der Reichsmark auf einer Basis von 3000 bis 3500 Mark für den Dollar hin. Nach dem Gutachten ist ohne Stabilisierung der Mark das gesamte deutsche Schulden-, Währungs- und Wirtschaftsproblem überhaupt nicht zu lösen. Der zweite Hauptpunkt des Gutachtens bezieht sich auf die Verwendung der Goldreserve der Reichsbank. Stabilisierungsrückläufe durch Gold sollen sich nur auf Banknoten und zwar vor allem auf Marknoten im Ausland erstrecken, aber nicht auf Schatzwechsel. Bei einer angenommenen Basis von 3000 bis 3500 Mark für den Dollar würden weniger als die Hälfte der Reichsbankgoldreserve genügen. Als dritter Hauptpunkt fordert das Gutachten ein zweijähriges Moratorium mit Möglichkeiten für eine Verlängerung.

Berlin, 8. Nov. Die internationalen Finanzsachverständigen haben ein Gutachten erstattet, das der Reichsregierung übermittle wurde. Das erste von Brandt, Cassel, Jense und Keynes unterzeichnete Gutachten enthält folgende Ausführungen: Die Gutachter sind vollkommen überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, die Mark unverzüglich zu stabilisieren. Unter der Voraussetzung gewisser Zugeständnisse seitens der Gläubiger ist eine Stabilisierung möglich. In erster Linie müssen sie aber von Deutschlands eigenen Bemühungen ausgehen. Es ist hoffnungslos, augenblicklich eine Stabilisierung von fremder Hilfe zu erhoffen, da Deutschland als wichtigste Grundlage eine eigene aufbauende Politik haben muß. Auf die Frage, ob eine Stabilisierung unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei, wird mit nein geantwortet und zwar erstens aus inneren Gründen, vornehmlich wegen der Finanzpolitik des Deutschen Reiches in der Kriegs- und Nachkriegszeit und zweitens aus äußeren Gründen, insbesondere wegen der Lasten aus dem Versailler Vertrag. Solange nicht Deutschland für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet werde, würde jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern und nur zu einer nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen. Die Länge des Zeitraums für die Einstellung der Zahlungen wird von der Möglichkeit abhängen, im deutschen Haushalt einen Ueberschuß zu erzielen. Die Zahlungen könnten erst wieder ausgenommen werden, wenn sie aus einem wirklichen Ueberschuß stammen und nicht aus neuer Inflation. Die Gutachter glauben, daß der Zeitraum gegenwärtig auf mindestens zwei Jahre festgesetzt werden müßte. Der Zahlungsausschub müsse die Sachleistungen ebenso wie die Barzahlungen umfassen. Jeder Stabilisierungsplan wäre so lange nur vorläufig, wenn nicht eine endgültige und zwar baldige und durchführbare Regelung des Reparationsproblems gefunden würde. Eine endgültige Regelung des Reparationsproblems wäre so bald wie möglich zu treffen. Die Unterstützung durch ein internationales Konjunktionsforum würde von guter Wirkung auf die Stimmung des Publikums sein. Vor einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems auf einer vernünftigen Grundlage könnten ausländische Kredite nur in bescheidenem Umfange und nur als Unterstützung eigener Maßnahmen Deutschlands erhalten werden. Der Erfolg der Stabilisierung hängt vom Gleichgewicht des Staatshaushaltes ab. Neueste Sparmaßnahmen und äußerste Strenge in der Eintreibung von Steuern sind von entscheidender Bedeutung. Die Beschaffung des Kapitals für öffentliche Arbeiten darf nicht aus den laufenden Einnahmen erfolgen, sondern muß durch innere fundierte Anleihen gedeckt werden. Auf der Debitsseite seiner Zahlungsbilanz hätte Deutschland das Defizit der Handelsbilanz, seine Zahlungen aus dem Versailler Vertrag und die Kapitalflucht auszugleichen. Dafür ständen nur beschränkte unsichtbare Ausfuhrer, Auslandskredite und Auslandskäufe von Mark und Marknoten zu Gebote.

Jegendwie haben diese beiden Seiten der Zahlungsbilanz auch während des laufenden Jahres ausgeglichen sein müssen. Wäre die Handelsbilanz wirklich in dem Maße passiv wie angenommen wird, so hätte der Aufkauf von Markwerten durch Ausländer eine Höhe erreichen müssen, die jede Möglichkeit übersteigt. Daraus ist zu folgern, daß das passive Saldo der gegenwärtigen deutschen Handelsbilanz nicht so groß sein kann und

daß, im Falle die Zahlungsbilanz von den Zahlungen aus dem Vertrag von Versailles und den Kohleneinfuhren zum Ersatz der Lieferung von Reparationszahlungen befreit wird, ein Ausgleich der Zahlungsbilanz möglich sein muß. So halten die Gutachter denn den Zustand der Handelsbilanz nicht für ein endgültiges Hindernis der Stabilisierung. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsbilanz wäre die Wiederherstellung der Gleichberechtigung für Deutschland im internationalen Handel in Bezug auf das Recht, Zölle von der Lufteinfuhr zu erheben und für die Ausfuhr die Meistbegünstigung zu fördern, nötig. Die Stabilisierung wäre zu einem niedrigen Wert der Mark zu versuchen, wobei dieser Wert jedoch erheblich höher sein kann als der augenblickliche. Augenblicklich dürfte ein Kurs von 3000 bis 3500 Mark für den Dollar als Grundlage seiner Stabilisierung richtig sein. Bei einem derartigen Kurs werde aber eine erhebliche Steigerung des Notenumlaufs nach und nach in dem Maße nötig sein, in dem das Geschäftsleben des Landes zu normalen Verhältnissen zurückkehrt. Der endgültige Konversionsfuß wäre später festzustellen. Nach vollkommener Durchführung der Stabilisierung muß eine neue Wertseinheit in Höhe des Vielfachen der stabilisierten Papiermark im Interesse einer Verkehrs- erleichterung eingeführt werden. Als Richtlinien für die Stabilisierung der Mark führen die Gutachter folgendes an: Gegen die Zustimmung zum Ausschub der Zahlungen aus dem Versailler Vertrag für die Dauer von zwei Jahren sollte die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende Garantien geben: a) In Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hätte. b) Solange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei Angebot zu einem festzusetzenden Kurs zu kaufen. c) Der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen. An diesen Grundsätzen darf ohne Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden. Vor Genehmigung vorstehender Vorschläge durch die Reparationskommission wäre ein internationales Finanzkonjunktionsforum zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützungsaktion einzuladen. Weitere Vorschläge betreffen die Schaffung einer Devisenreserve und die Beseitigung aller Devisenordnungen. Ferner heißt es, der Reichsbankdiskontsatz müßte hinreichend hinaufgesetzt und teures Geld solange aufrecht erhalten werden, bis die Stabilisierung völlig gesichert sei. Dagegen müßten Handelswechsel weitherzig diskontiert und Lombardvorläufe gegen übliche Sicherheiten für den legitimen Bedarf des Handels eingeräumt werden. Zur Heranziehung der Devisen des deutschen Privatpublikums soll die Währungsstelle Goldschatzwechsel mit ein- bis zweijähriger Laufzeit ausgeben, die Devisen per Kassa kaufen und an einem bestimmten Termin wieder verkaufen. Da eine erweiterte Notenzirkulation für den geschäftlichen Bedarf des Landes erforderlich ist, sobald es zu normalen Bedingungen zurückkehrt, wären Noten soweit wie möglich auszugeben durch Diskontierung von Handelswechseln, Gewährung von Inlandskrediten an den Handel durch die Reichsbank, durch den Verkauf von Mark durch die Währungsstelle gegen Devisen und daneben in möglichst geringem Umfange gegen weitere Schatzweisungen zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt in der Uebergangszeit.

Die neuen deutschen Vorschläge.

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat, den Blättern zufolge, gestern nachmittag die neue Note an die Reparationskommission mit den von der Kommission erbetenen präzisen Vorschlägen fertiggestellt und die Note noch gestern abend überreicht. Der Inhalt der neuen deutschen Vorschläge ist, wie die Blätter schreiben, wesentlich beeinflusst durch das Gutachten der internationalen Finanzsachverständigen. Die Reparationskommission wird sich heute vormittag mit der deutschen Antwort beschäftigen und am Nachmittag wird eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der deutschen Regierung und der Mitglieder der Reparationskommission stattfinden. Die Kommission wird am Freitag ihre Rückreise nach Paris antreten. — Heute vormittag werden die Parteiführer vom Reichskanzler über den Inhalt der deutschen Antwort unterrichtet werden. In dieser Sitzung der Parteiführer soll laut „Vorwärts“ auch über die Einberufung des Reichstags endgültig Beschuß gefaßt werden.

Neueste Nachrichten.

Die ausländischen Sachverständigen, die von der deutschen Regierung eingeladen worden waren, auf Grund eigener Beobachtung ein Urteil über die Ursachen des deutschen Marksturzes abzugeben, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Stabilisierung der Mark etwa auf der Höhe von 3000 bis 3500 für den Dollar heute möglich sei, wenn der Reichshaushalt ausgeglichen, strenge Steuereinzahlung erfolge, alle unnötigen Ausgaben vermieden werden. Außerdem müsse aber ein Moratorium in bezug auf die Reparationszahlungen mindestens für 2 Jahre gewährt, und die Schuld überhaupt herabgesetzt werden.

Die deutsche Regierung will nun in Anlehnung an dieses Gutachten bei ihrer Antwort an die Reparationskommission neue erweiterte Vorschläge machen, die dann in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit der Reparationskommission heute erörtert werden sollen.

Inzwischen ist der Dollar auf über 9000 hinaufgeklettert, aber auch der französische Franken scheint immer mehr von der Markkatastrophe betroffen zu werden, sodaß schon jetzt an der Politik Poincarés scharfe Kritik geübt wird.

Die Hauptschuld an diesen Vorgängen auf dem Geldmarkt dürfte u. E. aber die steigende Gefahr kriegerischer Bewidungen zwischen der Entente und der Türkei tragen. Bekanntlich haben wir von jeher die französische Anbiederung sowohl an die Türkei wie an Russland lediglich als taktischen Schachzug der Franzosen bewertet, und gleichzeitig betont, daß die Freundschaftsanwandlung Frankreichs von letztgenannten Mächten wohl „gebührend“ eingeschätzt werde. Die Forderungen der Türken und Russen, und namentlich die Haltung Frankreichs, das sich mit den anderen Ententemächten solidarisch erklärt, zeigt deutlich den wahren Charakter der gegenseitigen Beziehungen.

Die bairische Staatszeitung wendet sich halbamtlich gegen die neuerlichen Gerüchte über bevorstehende Reichsputsche in Bayern. Die Regierung werde sowohl nach links wie nach rechts derartigen Plänen nachdrücklich entgegenzutreten wissen.

Die Rückwirkung der deutschen Finanzkatastrophe auf Frankreich.

Paris, 8. Nov. Die „Liberte“ schreibt zur Lage auf dem Geldmarkt: Seit einigen Wochen erheben sich gerade in dem Augenblick, wo Frankreich im Ausland starke Käufe vornehmen mußte, wo die Ankündigung des Defizits seiner Ernte seine Bedürfnisse an ausländischen Devisen steigerte, gerade in dem Augenblick, wo es eines soliden moralischen Kredits bedurfte, Stimmen, um die Welt auf das bevorstehende finanzielle Versagen Frankreichs aufmerksam zu machen. Diese Stimmen sind nicht mehr diejenigen unserer Feinde oder diejenigen aus guten Gründen verdächtiger ausländischer Theoretiker wie Keynes, sondern sind die Stimmen der berufensten Vertreter unseres parlamentarischen Lebens, nämlich diejenigen des Generalberichterstatters für das Budget in der Kammer, Bokanowski, und des Generalberichterstatters für das Budget im Senat, Berenger. Und während beide von der Kammertribüne aus das Gespenst des bevorstehenden Bankrotts an die Wand malen, während sie das Defizit vergrößern und die Regierung in eine der kritischsten Defensivstellungen zwingen, bricht unser Wechselkurs zusammen.

Die Verschärfung der Orientkrisis.

„Einigkeit“ unter den Alliierten über die Haltung gegenüber den neuen türkischen Forderungen.

London, 8. Nov. „Daily Telegraph“ erzählt, daß die französische Regierung und der französische Generallstab die ersten wären, die darauf drängen würden, den Belagerungszustand in Konstantinopel zu verhängen, falls sich die Notwendigkeit zu dieser Maßnahme erweisen sollte. Mussolini habe die französisch-englische Haltung nicht nur unterstützt, sondern militärische Mitwirkung versprochen.

Das englische Kabinett gegen die Räumung Konstantinopels.

London, 8. Nov. Den Blättern zufolge ist die Lage in Konstantinopel sehr kritisch. — „Daily Express“ berichtet,

daß abends eine eilige von Bonar Law zusammenberufene Ministerkonferenz stattgefunden habe, die die durch die neuen türkischen Forderungen geschaffene Lage erörterte. — „Daily Chronicle“ teilt mit, daß das Kabinett beschloffen habe, die Forderung der Räumung Konstantinopels durch die alliierten Truppen abzulehnen.

Französischer Kriegsalarms.

Paris, 8. Nov. Der „Temps“ bespricht die Gefahr im Orient und schreibt, man dürfe sich nicht verheimslichen, daß das türkische Programm, das so viele Interessen berührt und selbst die Rechte Frankreichs angreife, die Ursache für einen demnächstigen Bruch sein könne. Das Blatt glaubt, daß man, wenn man vermitteln wolle, den Vorschlag machen könne, die alliierten Truppen aus der Stadt Konstantinopel restlos zurückzuziehen, aber in Gallipoli und anderwärts alliierte Garnisonen zu belassen. Dieses provisorische Arrangement habe aber nur für die Dauer des Waffenstillstands Gültigkeit und hätte kein großes Interesse, wenn die Friedensverhandlungen scheitern sollten. Man stehe also weiterhin unvermindert vor der Möglichkeit, die man mit heißem Bemühen habe vermeiden wollen: der Krieg im Orient könne wieder beginnen, nicht mehr zwischen der Türkei und Griechenland allein, sondern zwischen den Türken und den drei Großmächten der Entente, wobei wahrscheinlich die Balkanstaaten eingreifen würden, die England als Ersatz oder als Unterstützung von Griechenland bestimmen dürfte. Da diese Gefahr bestehe, so wäre es ein großer Fehler, ihr nicht ins Gesicht zu sehen.

Drohung der Alliierten mit dem Belagerungszustand über Konstantinopel.

Paris, 8. Nov. Die Morgenblätter berichten, das Einverständnis der alliierten Mächte habe sich nunmehr dadurch gezeigt, daß den Oberkommissaren die Ermächtigung erteilt wurde, den Belagerungszustand über Konstantinopel und Umgegend zu verhängen, wenn es für notwendig gehalten werde. Man hoffe jedoch, daß die Drohung allein genügen werde, um die Extremisten zu beruhigen.

Verchiebung der Konferenz von Lausanne.

Paris, 9. Nov. „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die französische Regierung sich mit der Verchiebung der Friedenskonferenz von Lausanne um einige Tage einverstanden erklärt habe. Die Konferenz solle aber nicht bis zum 27. November aufgeschoben werden, wovon die Rede gewesen sei. Wenn das Ministerium des Äußern auch noch keine Bestätigung von sämtlichen durch die Türken in Konstantinopel hervorgerufenen Zwischenfällen erhalten habe, die von den Zeitungen gemeldet worden seien, so treffe in der Tat doch zu, daß ein zu langer Aufschub der Konferenz die Gefahr nicht wieder gutzumachender Ereignisse mit sich bringen würde. Deshalb stehe man in Paris auf dem Standpunkt, daß der Aufschub der Konferenz nur ein kurzer sein dürfe. Die italienische Regierung teile in diesem Punkt die Auffassung der französischen Regierung.

Kemal Pascha über die neue Türkei.

Im Laufe einer Unterhaltung mit dem Konstantinopeler Korrespondenten des „Daily Herald“ erklärte Kemal Pascha, daß der jetzt abgeleitete Sultan tatsächlich schon abgesetzt war. Durch, daß er den Vertrag von Sevres annahm: Die neue türkische Idee will durch ein System regieren, das nicht sehr weit vom Sozialismus entfernt ist. Ich will nicht sagen, daß wir Kommunisten sind. Wir sind es nicht, weil wir Nationalisten sind. Was mich persönlich betrifft, bin ich Sozialist, soweit sich dies mit meinem Nationalismus vereinigen läßt. Die Türkei muß ihr Hauptaugenmerk auf den Wiederaufbau des von unseren Angreifern in Ruinen verlassenen Landes richten. Von der Konferenz von Lausanne sprechend, erklärte er: Wir wollen bewirken, daß die Bestrebungen, nach welchen die Türkei verlangt, wieder hergestellt werden. Jedoch auch im Süden müssen wir unsere Grenzen verteidigen, besonders die Region von Mossul, die gegenwärtig von englischen Truppen besetzt ist. Die Grenze zwischen der Türkei und Mesopotamien muß festgesetzt werden. Das Interesse Englands verlangt nicht, ganz Mesopotamien zu behalten. Es könnte Petroleumdepots unterhalten, ohne die ganze Region zu besitzen. Die neue Türkei wird nicht die Errichtung neuer Kapitalationen annehmen. In Bezug auf die Meerengen ist die Politik der Türkei klar: sie werden für alle offen sein. Wir verlangen nur Sicherheit für Konstantinopel und Schutz für das Marmarameer. Unsere Beziehungen zu Rußland sind auf eine unverbrüchliche Freundschaft gegründet. Der Frieden, den die Türkei zu schließen beabsichtigt, wird an dieser Freundschaft nichts ändern.

Einigungsversuch der Regierung von Konstantinopel mit den Nationalisten.

Paris, 8. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel erklärte der Großwesir Tawfik Pascha in seiner letzten Note an die Regierung von Angora, daß die Regierung von Konstantinopel nicht auf ihr Recht auf Vertretung in Lausanne verzichte werde. Gleichzeitig spreche er den Wunsch aus, mit Angora in Frieden zu leben und erklärte, daß keine Rivalität zwischen Angora und der Pforte bestehe und schlage vor, eine Konferenz mit den Vertretern der beiden Regierungen abzuhalten.

Das außenpolitische Programm der neuen englischen Regierung.

London, 9. Nov. In einer Rede in der City gab Lord Curzon einen Überblick über die äußere Lage. Er erklärte, der Hauptgrundsatz seiner Politik sei die Aufrechterhaltung der Einigkeit unter den Alliierten. Zur europäischen Lage sagte er, England werde durch die schwere Bürde der Steuern und der Arbeitslosigkeit niedergedrückt. Frankreich werde von einer schweren Schuld bedrückt und leide wegen der Reparationen, während sich Deutschland in einem Zustand politischer Unbeständigkeit befinde und durch den äußersten Zerfall seiner Währung geschwächt werde.

Wir waken immer von dem Gefühl durchdrungen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands für Europa von wesentlicher Bedeutung ist. Aus diesem Grunde sind wir stets für die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, falls Deutschland eine solche wünscht, eingetreten. Ich werde sicherlich nicht dazu beitragen, daß Deutschland einer berechtigten Verpflichtung sich entzieht, ich glaube aber, daß jeder Versuch, die Frage mit Gewalt oder durch willkürliche Maßnahmen zu erledigen, fehlschlagen würde. Rußland stehe noch außerhalb der Gesellschaft der Nationen. Oesterreich sei nur durch das Eingreifen der Mächte von seinem Untergang gerettet worden. Italien habe unter mehr als einer Zudung zu leiden gehabt. Die englische Regierung sei geneigt, die Uebernahme der Macht durch Mussolini als ein Vorzeichen freimütiger und enger Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu betrachten. Der nahe Osten befinde sich in einem Zustand des Chaos. . . Welch ein Ziel müsse es für den Ehrgeiz der Staatsmänner der Hauptmächte sein, die Lage zu prüfen, um sie Stück für Stück zu liquidieren! Lord Curzon sagte weiter, jedermann sei überzeugt, daß in dem fortgeschrittenen Zusammenarbeiten Frankreichs und Englands die beste Garantie für den Bestand dieser beiden Länder und den europäischen Frieden liege. Die Punkte, die uns trennen, sagte Lord Curzon wörtlich, sind in Wirklichkeit sehr geringfügig. Unsere hauptsächlichsten Ziele sind identisch. Was England mehr als irgend etwas sonst zu vermeiden hat, ist eine Abenteuerpolitik. Was Frankreich anlangt, so sei die Reparationsfrage in höchstem Maße akut. Wir alle wünschen, daß Frankreich soviel bekommt, als es bekommen kann, selbst wenn wir unsere Ansprüche zurückstellen sollten. Zu den Forderungen der Kemalisten und den kürzlich in Konstantinopel vorgenommenen Aktionen sagte Lord Curzon, diese Ansprüche könnten nicht gebildet werden. Sie seien eine Beleidigung gegenüber den Alliierten und eine Herausforderung gegenüber Europa. Er hob die Einigkeit hervor, die zwischen den alliierten Vertretern in Konstantinopel herrsche und die von ihren Regierungen bekräftigt worden sei. Er gab dem Vertrauen Ausdruck, daß diese Einigkeit ausreicht erhalten bleiben werde. Großbritannien sei bereit, sie aufrecht zu erhalten, aber wenn sie durch eine Aktion, die nicht von englischer Seite kommen würde, gebrochen würde, so würde England nicht imstande sein, die Last allein auf sich zu nehmen. Curzon fuhr fort: Wir sind bereit, vernünftig, verständlich und fair zu handeln. Ich würde bereit gewesen sein, in Lausanne beträchtliche Opfer für die Sache des Friedens zu bringen, aber die Türkei muß lernen, daß es eine Grenze für Zugeständnisse gibt, die wir zu machen willens sind, und daß wir den Frieden nicht zu den Preis der Demütigung und Schande erkaufen können.

Ausland.

Die Frage des Frauenstimmrechts in Frankreich.

Paris, 7. Nov. Der Ministerrat hat sich heute mit der Frage des Frauenstimmrechts beschäftigt und über die Erklärungen verhandelt, die die Regierung vor der zuständigen Senatskommission hierüber abgeben wird. Havas glaubt zu wissen, daß die Regierung für die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen bei den Gemeindevahlen ist.

Streikverbot für die Beamten in Spanien.

Paris, 8. Nov. Havas meldet aus Madrid, daß die Regierung einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der den Beamten den Streik verbietet, ihnen jedoch Koalitionsfreiheit gewährt.

Wiedereinmal Unruhen in Portugal.

London, 8. Nov. Das Portugiesische Büro meldet aus Lissabon: Am 6. November abends erfolgten hier zahlreiche Bombenexplosionen, angeblich zusammenhängend mit einer aufständischen Bewegung. Die Unruhen wurden unterdrückt. Die Regierung scheint die Lage zu beherrschen.

Untergang eines deutschen Dampfers.

London, 7. Nov. Nach einer Lloyd-Meldung aus Grimshy soll von der Besatzung des untergegangenen deutschen Dampfers „Herbert Dauber“ nur ein Koch am Leben geblieben sein.

Die Wahlen in Nordamerika.

Paris, 8. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Newyork wird der Erfolg der Demokraten als ein Fehlschlag der Politik des Präsidenten Harding ausgelegt. Die republikanische Mehrheit ist im Senat vermindert worden, bleibt deswegen aber doch bestehen.

London, 9. Nov. Reuter meldet aus Newyork: Das Auffallendste bei den Wahlen ist die Niederlage von Hitchcock gewesen, des Wortführers Wilsons. Beveridge (Indiana) ist anscheinend ebenfalls geschlagen. Nach den letzten Meldungen hat Lodge in Massachusetts die Führung, doch sind die für ihn abgegebenen Stimmen beträchtlich geringer als bei den vorigen Wahlen. Wie die Zusammensetzung des Kongresses sein wird, ist noch unsicher, da noch zahlreiche Ergebnisse fehlen, doch sieht bereits fest, daß die Demokraten im ganzen Lande erhebliche Gewinne zu verzeichnen haben.

Paris, 8. Nov. Havas meldet aus Newyork: Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen gewinnen die Demokraten im Repräsentantenhaus 28 Sitze. Der demokratische Senator Hitchcock wurde geschlagen. Die Republikaner haben bisher keinen einzigen demokratischen Kandidaten für den Kongreß geschlagen. Um aber die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erlangen, müssen die Demokraten 80 Sitze gewinnen. Die Zahlen der Senatswahlen zeigen bisher einen Gewinn der Demokraten von einem Sitz durch die Wahl von Copeland in Newyork. Dieser Ge-

winn geht indessen durch die Niederlage von Hitchcock wieder verloren.

Paris, 8. Nov. Nach einer Havasmeldung aus London zu dem Ergebnis der amerikanischen Wahlen überwiegen, wie aus Chicago verläuft, in den zur Zeit durch die Republikaner vertretenen Kreise, die demokratischen Lokalkandidaten gegenüber den Republikanern im Verhältnis von 2:1.

Deutschland.

Die unerträgliche Franzosenherrschaft im Rheinland.

Berlin, 9. Nov. Blättermeldungen aus Frankfurt zufolge hat der französische Oberkommandierende der Rheinarmee angeordnet, daß in unmittelbarer Nähe von Speyer bei dem Dorfe Dudenhofen ein neuer Bombenabwurfübungsplatz errichtet werden müsse. Hierzu müssen ganze Wälder umgelegt und viele Morgen besten Ackerbodens, der kleinen Landwirten gehört, verwendet werden. Die Kosten der Errichtung des Übungsplatzes muß das Deutsche Reich tragen.

Der neue badische Staatspräsident.

Karlsruhe, 7. Nov. Der badische Landtag ist heute zu einer neuen Session zusammengetreten. Das bisherige Bureau mit dem Präsidenten Bittmann (3.) an der Spitze wurde wiedergewählt. Zum neuen Unterrichtsminister wurde der Professor Dr. Hellpach von der Technischen Hochschule berufen. Die Wahl des Staatspräsidenten fiel auf den Innenminister Kemmle, die des Stellvertreters auf den Finanzminister Köhler.

Knilling bayerischer Ministerpräsident.

München, 8. Nov. In der heutigen Vollziehung des bayerischen Landtags wurde Erzengel von Knilling zum Ministerpräsidenten gewählt. Abgegeben wurden 143 Stimmzettel; davon lauteten 86 auf Dr. v. Knilling, 54 waren unbeschrieben und je eine Stimme fiel auf Dr. Heim, Dr. Zahnbrecher und Hittler. Dr. v. Knilling erklärte sich zur Uebernahme des Amtes bereit, unter Zurückstellung der bei ihm bestehenden Bedenken allgemeiner und persönlicher Art. Sein Regierungsprogramm wird Dr. v. Knilling in der morgigen Vollziehung des Landtages darlegen, in der auch das neue Ministerium vorgestellt wird. Hierauf wurde die Vollziehung geschlossen.

Neue Gerüchte über Putschabsichten der Rechtsradikalen in Bayern.

Berlin, 8. Nov. Trotz der amtlichen bayerischen Dementis bleibt die „Rössische Zeitung“ bei ihrer Behauptung, daß sich Kapitän Ehrhardt in München aufgehalten habe, allerdings unter fremdem Namen. Gegenüber der Erklärung, daß bei der Polizei keine Anzeige über Ehrhardt eingelaufen sei, weist das Blatt darauf hin, daß Ehrhardt der Mittelpunkt schärfster Auseinandersetzungen innerhalb der rechtstradikalen Verbände gewesen sei. Die Gegnerschaft gegen Ehrhardt sei sogar in einer Form zum Ausdruck gekommen, welche die persönliche Sicherheit Ehrhardts bedroht habe. Das Blatt erklärt sich jederzeit bereit, weiteres Material über den Aufenthalt Ehrhardts in München zu veröffentlichen und drückt das Vertrauen zu der bayerischen Staatsregierung aus, daß die Hinweise des Blattes ihr genügen würden, um die Verbrecher dingfest zu machen, die greifbar in ihrer Nähe säßen. Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt heute Nachmittag eine Vollziehung ab, die infolge von alarmierenden Meldungen der Gewerkschaften über die Lage in Bayern einberufen worden war. Die bayerischen Gewerkschaften sollen eingehendes Material über die Tätigkeit des Generals Lüttwich und des Kapitäns Ehrhardt in Bayern, sowie über die des Majors Pabst in Nordtirol gesammelt haben.

Eine halbamtliche bayerische Auslassung über die Putschgerüchte.

München, 9. Nov. Zu dem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, am 9. November in vollem Umfang aufrecht zu erhalten, schreibt die „Bayerische Staatszeitung“ u. a.: Es ist in höchstem Grade bedauerlich, daß die Berliner Sozialdemokratie den Schritt, der an sich von allen vernünftig denkenden Arbeitern mit großer Erleichterung begrüßt wird, den radikalen Elementen in einer derart unerantwortlichen Weise mundgerecht zu machen sucht. Es muß abermals festgestellt werden, daß in Bayern niemand daran denkt, den Gang der innerpolitischen Entwicklung gewaltsam zu stören. Für eine Diktatur von links ist in Bayern ebenjowenig Boden wie für eine Diktatur Mussolins. Das wurde schon so oft so wohl an dieser Stelle als auch von der übrigen bürgerlichen Presse betont, daß man in Berlin endlich davon Kenntnis nehmen sollte. Bisher zeigte sich noch immer, daß alle Meldungen von angeblichen Putschabsichten Lariarennachrichten waren.

Berlin, 8. Nov. Nach einer Meldung der „Rössischen Zeitung“ aus München wurden das Redaktionsgebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“ und das Gewerkschaftshaus auf die Vorstellungen der sozialdemokratischen Abgeordneten Timm und Auer bis auf weiteres unter polizeilichen Schutz gestellt, um etwa beabsichtigte Angriffe von rechtsradikaler Seite rechtzeitig zu verhindern.

Dauernde Vermehrung der Zahlungsmittel.

Berlin, 8. Nov. Wie das „Nacht-Abendblatt“ erfährt, werden zur Hebung der Zahlungsmittelnot demnächst die neuen 50 000 Mark-Noten ausgegeben und die 500 Mark- und 1000 Mark-Scheine stärker vermehrt werden. Täglich wurden 11 bis 12 Milliarden neues Papiergeld in den Verkehr gebracht.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. November 1922.

Falsche Kindererziehung.

Als eine der schwersten Sünden in der Kindererziehung muß es bezeichnet werden, wenn Eltern, Kindermädchen oder andere mit der Erziehung von Kindern betraute Personen durch Furcht, d. h. durch Erzählungen vom Bawau, schwarzen Mann, Gespenster usw. auf das kindliche Gemüt einzuwirken und sich auf diese Weise Gehorsam zu erzwingen suchen. Das kindliche Gemüt ist für derartige Eindrücke ungemein empfänglich und hält dieselben auch für das ganze Leben lang fest. Die den Kindern in der Jugend eingepflanzte Furcht läßt sich später selbst auf dem Wege der Vernunft nicht mehr tilgen, im Gegenteil, wir möchten fast behaupten, daß sie bei empfänglichen Naturen mit dem Kinde wächst, d. h. größer wird und schließlich an die leichteren Formen des Verfolgungswahnes grenzt. Derartig erzogene Kinder stehen auch in einem späteren Alter unter einem gewissen Druck von Angstlichkeit und Furcht und bleiben unglückliche Menschen ihr Leben lang. Die ihnen in der Jugend eingepflanzte Furcht und Angstlichkeit breitet sich nämlich mit der Zeit aus und beschränkt sich nicht nur auf böse Geister oder die Nacht, die an und für sich keines Menschen Freund, sondern macht sich in allen Unternehmungen des Betreffenden geltend. Er wird alle Unternehmungen mit einer gewissen Zaghaftigkeit beginnen.

Beinahe alle hervorragenden Menschen sind in ihrer Jugend einbringlich darauf hingewiesen worden, daß man von ihnen etwas erwarte und sie gewisse Pflichten gegen ihre Mitmenschen zu erfüllen hätten. Man gab ihnen gute Bücher, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich geistig zu entwickeln, oder hielt sie dazu an, aus der Natur Freuden und Erkenntnisse zu schöpfen. Wie ist es nun für den Kinderfreund betrübend, wenn er sehen muß, welche Liebe für Buß und Tand den Kindern schon in früher Jugend anezogen wird, wie man ihren Klatschereien von Freunden, Nachbarn und Lehrern Gehör schenkt und sie womöglich gar noch aneifert, „sich ja nichts bieten zu lassen“ und dergleichen. Auf diese Weise raubt man den Kindern die Achtung vor den Menschen und den Werten des Lebens. Kein Wunder, wenn es den Sprösslingen später nicht einfällt, etwas Tüchtiges zu schaffen und diese nur auf gesellschaftlichen Aufwand ihr Hauptaugenmerk richten. Wozu etwas leisten? sagen sich die heranwachsenden Kinder; ich möchte wissen, für wen ich mich abquälen sollte. Was die Menschen sagen, ist mir gleich, und für mich tu ich's am allerwenigsten. Solche Menschen sind von vornherein für den Untergang bestimmt, im Falle nicht durch genügende Geldmittel vorsehorgest. Aber selbst dann wären keine erfreulichen Bilder zu erwarten; die Zahl derer würde nur vermehrt, die in unbeständiger Tätigkeit dahingleben, und — wie man so treffend sagt — nicht wissen, was sie wollen.

Eltern, pflegt in euren Kindern gesundes Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein. Es müßte dann über euer Kinder viel kommen, ehe es geschehen würde, daß sie der Welt nichts nütze wären.

Die neue Automobilsprizge.

Der heutige Wert der Häuser und des Mobiliars lassen es besonders notwendig erscheinen, die Zeit zwischen der Entstehung eines Brandes, der Alarmierung der Feuerwehr und der Bekämpfung des Feuers möglichst abzukürzen. Um so rasch als möglich Brandhilfe leisten zu können, wurde von der Freiwilligen Feuerwehr Calw schon vor längerer Zeit eine Weckerlinie geschaffen, deren Mitglieder zu jeder Zeit telephonisch zu erreichen sind, so daß also bei kleineren Bränden und zur ersten Hilfeleistung bei Großfeuer die Weckerlinie in denkbar kürzester Zeit an Ort und Stelle sein kann. Die Einrichtung dieser Weckerlinie wurde nun noch vervollkommen durch die Anschaffung einer Automobilsprizge durch die Amtskörperschaft. Für die Motorsprizge, die vor einem Jahr bestellt und im Juli dieses Jahres hätte abgeliefert werden sollen, wurde nun seitens der Calwer Feuerwehr eine Mannschaft von 20 Mann, einem Führer, drei Gruppenführern und 3 Kraftwagenführern gestellt. Die Mannschaft ist in 3 Züge, Automobilsprizge, Hydranten- und Leiterzug eingeteilt. Die Automobilsprizge liefert 1500—1600 Liter Wasser in der Minute. Ein aufgepumpter Schlauchwagen, 2 Hydrantenwagen und eine mechanische Leiter bilden die weitere Ausrüstung der Motorsprizge. Die Mannschaftsausrüstung besteht aus Helm, Gurt mit selbststehendem Karabiner, Rettungsleine, Beil, Laterne und zweitöniger Signalpfeife. Zur Einübung der Führer und Mannschaft weilte in den letzten 14 Tagen Berufsfeuerwehrwachtmann a. D. Kuhn von Stuttgart hier. Der Löschzug übte von morgens 7 bis 9 Uhr jeden Tag. Die Schulübung und Uebernahme der Automobilsprizge fand am Dienstag nachmittags statt. Vor der Turnhalle fanden die Schulübungen an den Geräten statt, die den Vertretern der Behörden, des Oberamts, der Stadt Calw sowie der Bezirksorte durch Herrn Kuhn eingehend erklärt wurden. Die Übungen wurden rasch und exakt mit militärischer Disziplin durchgeführt, und die Ausübungen zeigten, daß die Mannschaften sich mit ihren Aufgaben wohl vertraut gemacht hatten. Auf dem Marktplatz fand sodann unter Teilnahme einer großen Zuschauermenge die Hauptübung statt. Als Brandobjekt galt das ehemals Müller'sche Anwesen. In denkbar kürzester Zeit nach Ankunft der Motorsprizge, die am Marktbrunnen zwecks Speisung der Strahlrohre Aufstellung genommen hatte, ergossen sich gewaltige Wassermassen auf den Marktplatz, da eine wirkliche Bespritzung des „Brandobjekts“ zweifellos einen schweren Wasserbeschaden verursacht hätte. Dabei zeigte sich die hervorragende Leistungsfähigkeit der Sprizge, die 6 Schläuche mit riesigen

Wassermengen versorgte, und zwar unter einem solchen Druck, daß die Feuerwehrleute alle Kräfte aufwenden mußten zur Leitung des Strahlrohrs. Gegenüber diesen Strahlen nahmen sich die aus den Hydranten gespeisten in Bezug auf Stärke und Höhe recht mäßig aus. Die Geräte des neuen Löschzuges ermöglichen auch ein besseres Herankommen an den Brandherd, durch Hang- und Maschinenleitern sucht man mit den Schläuchen auch ins Innere des brennenden Hauses zu kommen, um das Feuer an der Entstehungs- und Glutstelle zu fassen. Mittels eines sogenannten Rettungsrußglockens, der am Fensterrahmen befestigt wird, wird man an einer haltbaren Schnur mit Rettungsgürtel herabgelassen. Die Übung wurde in allen Teilen exakt und sicher durchgeführt, so daß sowohl Herr Kuhn wie die Mannschaft mit dem Erfolg dieser Probe vollauf zufrieden sein können.

Im „Badischen Hof“ fand nach Schluß der Übung dann noch die offizielle Uebernahme statt. Wachtmeister Kuhn dankte zuerst den Kameraden für ihren großen Pflichteifer, den sie bei der Ausbildung des Löschzuges bewiesen hätten. Stadt und Bezirk Calw hätten mit dieser neuzeitlichen Einrichtung etwas Gutes für die Allgemeinheit geschaffen. Der Redner übergab die Weckerlinie an Stadt und Bezirk und in die Leitung der hiesigen Feuerwehr mit dem Wunsch, sie möge stets zum Wohl und Schutz des ganzen Bezirks ihre Pflicht erfüllen. Oberamtmann Gösser erinnerte daran, daß es nun fast ein Jahr her sei, daß der Beschluß der Anschaffung der Automobilsprizge durch die Amtskörperschaft erfolgt sei. Die Wahl sei auf einen Benzwagen gefallen, weil man für Reparaturzwecke das Werk in nächster Nähe haben wollte, außerdem auch einen kräftigen Wagen wegen unseres schwierigen Geländes wünschte. Die Verzögerung der Ablieferung, die auf 1. Juli hätte erfolgen sollen, und die eine erhebliche Steigerung des Preises zur Folge hatte, habe man in Anbetracht unserer derzeitigen Verhältnisse hinnehmen müssen. Dem Bezirksrat und der Amtsversammlung gebühren Dank für die Bewilligung der Geldmittel, ebenso der Stadt Calw, die den Schuppen mit großem Aufwand hergestellt habe, den Feuerwehrleuten, die sich für die gute Sache zur Verfügung gestellt haben, und schließlich Herrn Feuerwehrwachtmann Kuhn, der es vorzüglich verstanden habe, der Mannschaft die nötigen Kenntnisse zur Führung der Sprizge beizubringen. Wenn man bedenke, welche riesigen Werte heute in den Häusern mit ihren Einrichtungen und Waren namentlich auch auf dem Lande stehe, dann werde die Bedeutung der Automobilsprizge erst recht in Erscheinung treten. Das sei auch der ausschlaggebende Grund für ihre Anschaffung gewesen. Stadtschultheiß Göhner dankte der Amtskörperschaft ebenfalls für ihr Entgegenkommen. Wohl habe Calw das erste Interesse an der Einrichtung, die Stadt habe aber auch große Opfer gebracht. Auch er sprach dem Oberwachtmann Kuhn für seine zielbewusste Tätigkeit den Dank der Stadt aus, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Mannschaft ihre Ehre darin setzen werde, Stadt und Bezirk durch treueste Pflichterfüllung zu dienen. Er wünschte der Mannschaft möglichst Bewahrung vor Unfällen. Feuerwehrkommandant Stüber übernahm die Sprizge in die Verwaltung der Feuerwehr mit der Erklärung, daß man dem wertvollen Gerät stets pfleglichste Behandlung angedeihen lassen und die Übungen zwecks möglicher Vervollkommnung fortsetzen werde. Die Mannschaft werde ihre Ehre darin setzen, stets rasch und erfolgreich in allen Fällen einzugreifen. Auch er dankte Herrn Kuhn für seinen erspriehlichen Unterricht und der Mannschaft für ihre treue Mitarbeit. Ein Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr Nagold überbrachte die Glückwünsche der Nagolder Kameraden. Gemeindepfleger Westermann-Hirau übermittelte die Glückwünsche der Feuerwehren des Bezirks. Leider fehlte es auf dem Lande vielfach noch an dem richtigen Interesse für diese notwendige Einrichtung. Seine Anregung, ob nicht bei künftigen größeren Übungen im Bezirk die Automobilsprizge teilnehmen könne, um das Interesse für die Feuerwehreinrichtungen mehr zu wecken, wurde gerne aufgenommen. Nachdem noch der Führer des Löschzuges, Stadtbaumeister Herbolzheimer und Gruppenführer, Schreinermeister Schäfer ihrem Dank an Herrn Kuhn Ausdruck verliehen hatten, und Herr Schäfer im Namen der Kameraden treueste Pflichterfüllung zum Wohl von Stadt und Bezirk bekundet hatte, war der offizielle Teil der Uebernahme beschlossen.

Beschwerdeverfahren in Wohnungssachen.

Ab 1. Dezember wird bei jedem Oberamt und bei der Stadtdirektion Stuttgart zur Erledigung von Beschwerden in Wohnungssachen eine Beschwerdestelle errichtet, die aus dem Oberamtmann oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und je einem auf ein Jahr gewählten Hausbesitzer und Mieter als Beisitzern besteht. Als Sachverständiger ist regelmäßig der oberamtliche Techniker beizuziehen. Bei dieser Beschwerdestelle können schriftliche Beschwerden gegen Verfügungen der Gemeindebehörden zur Bekämpfung der Wohnungssachen binnen einer Woche nach Zustellung der Verfügung eingereicht werden. Im Falle der Abweisung hat der Beschwerdeführer eine Spertel zu entrichten, über deren Höhe die Beschwerdestelle beschließt.

Beschränkung der Zwangsvollstreckung in Räumungssachen.

Die Wohnungsnot hat dazu geführt, daß die Oberämter und die Stadtdirektion Stuttgart ermächtigt wurden, die Beschränkung der Zwangsvollstreckung aus Räumungssachen bei Unmöglichkeit sofortiger Beschaffung von Ersatzräumen aus dringenden Gründen anzuordnen. Doch sollen

die Oberämter, die diese Ermächtigung auch auf die Gemeindebehörden übertragen können, in der Regel von Monat zu Monat, verfügen. Die Ermächtigung gilt ab 1. Dezember.

Wer hat Anspruch auf Brotharten?

Bei dem Ausschluß der Bemittelten von der öffentlichen Brotversorgung handelt es sich um eine Reichsverordnung, die auf Wunsch der Landwirtschaft erlassen wurde und bezwecken sollte, daß Bemittelte nicht an der Brotversorgung teilnehmen, die durch die Getreideumlage auf die inländische Landwirtschaft verbilligt ist. Als Hauptpunkt ist zu beachten, daß das Ausschneiden aus der Brotversorgung ausschließlich nach dem Einkommensteuerbescheid für 1921 richtet. Wer hiernach nicht aus der Brotversorgung ausscheidet, bleibt im Wirtschaftsjahr 1922/23 brotversorgungsberechtigt, mögen seine Verhältnisse jetzt liegen, wie sie wollen. Die Bestimmung, daß derjenige, dessen Einkommen nachweislich im laufenden Wirtschaftsjahr das vierfache der Mindesteinkommenhöhe von 92 nicht übersteigt, kommt nur für diejenigen Personen in Betracht, die an sich auf Grund des Einkommens von 1921 aus der Brotversorgung ausgeschlossen sind oder ausscheiden müßten.

Württ. Mittelstandsnothilfe.

(SCB) Stuttgart, 8. Nov. In der am 1. November stattgefundenen Ausschusssitzung der Industrie- und Handelskammer wurde, entsprechend dem Antrag des Vorsitzenden, Kommerzienrat Leuze, beschlossen, den Börsenmitgliedern sowohl als auch den ihnen nahestehenden Industrien, dem Handel und allen seinen Vertretungen dringend zu empfehlen, der Württ. Mittelstandsnothilfe für die nächsten 6 Monate auf den Kopf der Angestellten und Arbeiter 40 M für den Monat, also zusammen 240 M für das nächste Jahr zu gewähren. Außerdem soll jede Firma der Württ. Mittelstandsnothilfe geeigneten Stoff unentgeltlich zur Verfügung stellen. Auf Grund dieses großzügigen Beschlusses sind bereits der Württ. Mittelstandsnothilfe hohe Beiträge zugesprochen, die sie in Stand setzen, ihre bisherige Arbeit zu Gunsten des notleidenden Mittelstandes fortzusetzen, ohne das Ergebnis der kommenden großen allgemeinen Sammlung abwarten zu müssen. Es wäre zu wünschen, daß andere Zweige der württ. Industrie und des Handels diesem edlen Beispiel der Textilindustrie und des Textilhandels folgen und möglichst bald ähnliche Beschlüsse fassen würden. Aber auch andere leistungsfähige Kreise des Volkes werden angesichts der gewaltigen Preissteigerungen der letzten Tage und der bitteren Not in unserem Mittelstand gebeten, der Zentralkasse für Wohltätigkeit, Stuttgart, Falkenstr. 29, Postfachkonto 2825, oder den betr. Bezirkswohltätigkeitsvereinen weitere Beiträge zukommen zu lassen.

Das württ. Schulumuseum.

(SCB) Stuttgart, 7. Nov. Da das württ. Schulumuseum zur Zeit nur in einer Kumpelkammer im Neuen Schloß untergebracht ist, tobt an den beteiligten amtlichen Stellen der Kampf um das Schulumuseum. Man wollte dem Raum mangel abhelfen, indem man es in die Schloßschule verlegte, aber die bisherigen Inhaber dieser Schule lassen sich auch nicht ohne weiteres verdrängen. Zweifellos ist nun das Museum so dürftig untergebracht, daß seine Benützung sehr gehemmt ist. Das Museum besteht schon seit 1910, hat aber seit Einführung der Grundschule ganz besondere Bedeutung gewonnen. Zunächst wurde es nur für die Volksschulen gegründet, ist aber jetzt auch auf die höheren Schulen ausgebeht. Es soll eine Landesstelle für Erziehung werden. Sein eigentlicher Zweck ist, den Lehrern im ganzen Lande ein Sammlung der geeignetsten Lehr- und Lernmittel zu bieten, nach denen sie dann die Mittel für ihre eigenen Schulen beschaffen können. Das Museum enthält eine reiche Sammlung an Anschauungsgegenständen für die Grundschule, an geographischen Karten und Reliefs. In weiteren Räumen sind naturwissenschaftliche Lehrmittel, biologische Gruppen und geologische Sammlungen untergebracht. Besonders interessant ist die Zusammenstellung der verschiedenen Schulgeräte, Bänke, Tafeln, Rechenaufsätze. Endlich enthält es eine Bücherei, die, wenn sie einmal einen Arbeitsaal hat, eine Landesbibliothek für Lehrer wird. Das württ. Schulumuseum ist eine Stütze unseres Volkswirtschaftswesens und wird gerade heute, wo die Auswahl der Lehrmittel äußerst sorgfältig vorgenommen werden muß, den Schulvorständen im Lande gute Dienste tun.

(SCB) Tübingen, 8. Nov. Der Haushaltsvoranschlag der Amtspflege bucht 4 528 790 M Einnahmen und 12 528 790 M Ausgaben, hat also mit einem Abmangel von 8 Millionen zu rechnen. Die Oberamtsparlase verzeichnet 2 258 975 M Einnahmen und 3 053 730 M Ausgaben, was einen Abmangel von 794 755 M ergibt. Davon sind jedoch 800 000 M Baukosten abzuziehen, so daß sich ein Ueberschuß von 5245 M ergibt. Der Zinsfuß für Giroguthaben wird von 2 auf 3 % erhöht. Die Jahresbilanz des Kommunalverbandes hat einen Nettogewinn von 89 002 M aufzuweisen, der dem Rücklagekonto zugeschlagen wird. Der Jahresumsatz betrug 14 817 299 M.

(SCB) Tübingen, 8. Nov. Am Donnerstag, 9. Nov., findet im Festaal der Neuen Aula die erste feierliche Inmatrikulation von rund 400 Studenten statt. — Seit Beginn dieser Woche haben die Vorlesungen in allen Fakultäten begonnen. — In Anbetracht der fortschreitenden Entwertung der Mark hat die Regierung die Verdoppelung des Ausländerzuschlags (Zuschlag zu den von allen Studierenden erhobenen Gebühren und Ersatzgeldern) verfügt.

(SCB.) Oberndorf, 8. Nov. Ein Landwirt und Tagelöhner von Röttenbach hatte Neugierungen getan, die ihn mit dem Goteslästerungsparagraphen des Strafgesetzbuchs in Konflikt brachten. Die Gäste nahmen an den Neugierungen Vergnügen. Der Beklagte entschuldigte sich vor dem Schöffengericht mit Trunkenheit; er war aber seiner Sinne mächtig. Das Gericht verurteilte den Täter zu 10 Tagen Gefängnis, die in eine Geldstrafe von 2000 M umgewandelt werden.

(SCB.) Pfessingen, O.V. Balingen, 8. Nov. In der Sitzung des Gemeinderats erklärte der neugewählte Ortsvorsteher seinen endgültigen Rücktritt vom Amte, da die vorhandene Wohnung für die Bedürfnisse des Ortsvorstehers viel zu klein und der Bau eines Hauses für ihn selbstverständlich in der gegenwärtigen Zeit ausgeschlossen ist. Der Gemeinderat beschloß hierauf, bis zur Vornahme der Neuwahl einen geprüften Verwaltungsmann als Amtsverweser anzustellen.

(SCB.) Gmünd, 8. Nov. Ein hier bei Verwandten sich aufhaltendes Mädchen von 15 (!) Jahren machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende.

(SCB.) Mergentheim, 8. Nov. Der Erzherzog Ferdinand von Bulgarien stattete der Kuranstalt Hohenlohe, in der er schon mehrmals längeren Kuraufenthalt genommen hat, in Begleitung des Fürsten von Langenburg einen Besuch ab. Erzherzog Ferdinand weilte zurzeit als Gast des Fürsten in Weikersheim.

(SCB.) Von der Badischen Grenze, 8. Nov. Der Abführer einer Wartestation, der 26jährige Karl Chret von Hofweier bei Dörschberg, war auf dem Weg zum Bahnhof Untertirnach und wollte das Vorposten beleuchten. Beim Betreten der Gleise bemerkte er bei dem heftigen Sturm und Schneetreiben das Herankommen des Personenzugs nicht, wurde von der Maschine erfasst und getötet.

((SCB.) Von der bayerischen Grenze, 7. Nov. In Bosenberg wurde von einem Jugendlichen ein scheußlicher Raubmord begangen. Der 18 Jahre alte Schneiderlehrling Hermann Schmidt aus der Provinz Brandenburg überfiel den Schreinergehilfen Albert Benz, als dieser schlief, in der gemeinsamen Schlafstelle bei Schreinermeister Herrling und schlug ihm mit einem Beil den Schädel ein. Darauf raubte er dessen Barschaft im Betrage von einigen hundert (!) Mark und zog die Kleider des Ermordeten an. Mit einer Pistole versehen, begab er sich darauf in das Wohnzimmer seines Lehrherrn. Von dem Geräusch erwachte Frau Herrling; sie wurde von Schmidt mit einem Schuß empfangen, der jedoch zum Glück sein Ziel verfehlte. Der Frau gelang es, sich in die Küche einzuschließen, worauf der Mörder verschwand. Er wurde später in Rempten verhaftet, in dem Moment, als er seinen gestohlenen Anzug umtauschen wollte. — Einem Nördlinger Landwirt wurde sein Pflug, den er erst in diesem Frühjahr um 11 000 M gekauft hatte, über Nacht von seinem Grundstück gestohlen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 9 273 M, der Schweizer Franken 1684 M.

Märkte.

(SCB.) Balingen, 8. Nov. Dem Viehmarkt waren 8 Farren, 50 Ochsen und Stiere, 110 Kühe, 132 Kalbinnen und 218 Stück Jungvieh zugeführt. Farren galten 150—250 000 M, Zugtiere 220—410 000 M das Paar, Ochsen 1. Qual. 45—70 000 M, 2. Qual. 25—40 000 M, Kühe 60—230 000 M, Kalbinnen 100 000 bis 220 000 M, Jungvieh 32—83 000 M je das Stück. Schaffochsen galten 250—300 000 M pro Stück. Dem Schweinemarkt waren 228 Milchschweine zugeführt, die bei schleppendem Handel um 7—15 000 M pro Stück verkauft wurden.

(SCB.) Niedlingen, 7. Nov. (Schweinemarkt.) Zufuhr 460 Stück. Preis per Paar 10 000—12 000 M, 2 Stück

Käufer 70 000 M, 1 Stück Mutterschwein 80 000 M. Handel lebhaft. Zufuhr stark.

(SCB.) Urach, 8. Nov. Auf der Fruchtstranne kosteten Dinkel 11 000 M, Gerste 9 500 M, Weizen 12 000—15 000 M, je der Zentner.

(SCB.) Reutkirch, 8. Nov. Zugesührt wurden der Stranne: 100 Kilo Gerste und 455 Kilo Haber. Erlöst wurden für den Haber 18 000 M, 16 800 M und 15 000 M, verkauft das ganze Quantum. Die Gerste wurde wieder nach Hause genommen.

(SCB.) Rotensol, O.V. Neuenbürg, 7. Nov. Bei der Verteilung des Gerechtigkeitsholzes aus dem Staatswald Hieben 16 Km. übrig. Der Staat gibt den Meter zu 170 Mark ab. Die übrigen 16 Meter wurden auf dem Rathaus zu Gunsten der Holzberechtigten versteigert. Dabei wurden etwas über 118 000 Mark gelöst. Das Holz liegt im Wald und wird zum Teil als Papierholz weiterverkauft. Mit dem Erlös ist jeder Holzberechtigte in der Lage, seine 7 bis 8 Km., die er so billig vom Staat erhielt, zu bezahlen.

(SCB.) Schwaigern, 7. Nov. Bei der Weinversteigerung war der Verkauf flott. Die Durchschnittspreise (pro Hektoliter) sind folgende: Lemberger mit Trollinger 22 252, Trollinger 19 422, Lemberger 19 751, Portugieser 15 272, Rotgemischt 13 400, Weißriesling 1 140, Weißriesling mit Silvaner 20 000, Traminer 31 166 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der W. Kerschlag'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Spar- und Konsumverein Calw und Umgegend, e. G. m. b. H. in Calw, eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. April 1922 wurde die Haftsumme für jeden Geschäftsanteil von 100 auf 500 Mk. erhöht. Weiter wurde durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. September 1922 die Haftsumme für jeden Geschäftsanteil von 500 Mk. auf 1000 Mk. erhöht und die Zahl der für jedes Mitglied zugelassenen Geschäftsanteile von 10 auf 5 herabgesetzt, ferner an Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen Heinrich Stahl zum Geschäftsführer und Vorstandsmitglied bestellt: Heinrich Heß, Kaufmann in Calw.

Den 7. November 1922.

Obersekretär Dürr.

Hirsau, den 8. November 1922. Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere liebe Tante

Frau Magdalena Schnauser nach langem schweren Leiden rasch verschieden ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Familie Friedrich Holzäpfel, Flaschmerstr. Beerdigung am Freitag nachmittags 3 Uhr.

Zu den bevorstehenden

Gemeinderatswahlen

erhalten Sie raschestens

Wahlzettel u. Flugblätter

von der

Druckerei des Mattheo Calw, Lederstr. 151

Fernruf Nr. 9.

Fritz Hoffmann, Schweineverand,

Fellbach bei Stuttgart, Fernsprecher 141.

Auf meinen gestern eingetroffenen großen Transport erstklassiger, starker, mittlerer und kleinerer

Hannoveraner Läufer-Schweine

(echte Hogaer, zur Mast weitans bestgeeignete Tiere) nehme ich sofort Bestellungen zu billigsten Tagespreisen entgegen. NB. Beförderungen größerer Partien an Vereine, Gemeinden usw. durch eigenes Kaffauto, wodurch große Frachterparnis.

Liebeszoll.

Im Wege der

Zwangsvollstreckung

verkaufe ich am Freitag, den 10. ds. Mts., nachm. 3 Uhr beim Rathaus einen ca. 5 Monate alt. schwarzen Zwergpudel, Rüde, gegen bare Bezahlung.

Gerichtsvollzieher b. Amtsgericht Calw: Dhngema

Lila Leder-Gürtel verloren.

Wiederbringer erh. Belohnung. Dachshof, Teinach.

Zu verkaufen:

Einem neuen



so wie eine 3 teilige

Matraxe.

Friedr. Hennefarth, Tapezier- u. Polstergeisch., Schulgasse 5, b. Rathaus.

F a u s c h e einige Wagen

Ziegending gegen Frucht o. Kartoffeln Jakob Psommer, Teinach.

Der kluge Landwirt

verwendet in seinem Stalle nur

Drogeroi-Futterkalk

das beste Nähr-u. Kräftigungsmittel für alle Tiere besonders Schweine.

Zur Aufzucht u. schnellen Mast unentbehrlich. Ein Versuch lohnt sich 10 fach.

Allein-Fabrikant Drogeroi-Werke G. Huissei, Nagold, Fil.-Fabr. Haigerloch

Nur zu haben in den bekanntesten Verkaufsstellen.

Aithengstett,

Eine junge



2 mal gekalbt jetzt dem Verkauf aus.

Richard Salmon.

Der Kurs des Evangel. Volksbundes, Bezirk Calw, über „Gemeinbearbeitung“

wird am Sonntag und Montag, 12. und 13. Novbr., im Vereinshaus Calw stattfinden. Näheres durch die Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Wand-Kalender für das Jahr 1923

mit Märkteverzeichniss.

Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wildberg.

Nächsten Sonntag

Hundeschau im „Löwen“.

Die Gemeinde Hirsau

verkauft am Samstag, den 11. November, mittags 1 Uhr, bei Buchhalter Buser im öffentlichen Aufstreich einen zur Nacht umtauglichen schönen Ziegenbock.

Schultheißenamt.

Pernt den Wert des Geldes kennen, legt Euch einen Sparpennig zurück.

Die kleinste Summe wird schon verzinst mit 4% in der Sparkasse der Spar- und Vorschußbank Calw.

Konj. geb. Musiklehrerin sucht ein heizb. möbl. Zimmer

geg. Erteil. v. vorz. Klavier-Unterricht Angeb. unt. Z. E. 262 an die Gesch. ds. Bl.

Verkaufe hellblaue neue Sacke für junges Mädchen.

Wer sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

10 3/4 Hru

verkauft Wentzsch, Wtw., Altbürg.

Weihnachtswunsch!

Gebildetes Fräulein gel. Alters mit Wäscheausstattung, in guter Stellung der Bionterierbranche wünscht baldige Heirat

mit existenzlich. besseren Herrn auch aus and. Branche 38 bis 45 J. (auch Witwer.) Nur Herrn, denen ernstl. an gemütl. Häuslichkeit mit lieber Frau gel., wollen Porto- und Zeiterparn. halber ausführliche Angeb. senden. Verchiwegeng selbstverst. auch, unter Nr. 162 an d. Geschäftsstelle ds. Bl. Unterhalt. starken 2—3 h.

Davofer gesucht.

Gesl. Angebote mit Preisang. u. N 256 a. Geschäftst. d. Bl.

Offertag - Kaffenschränke

kurzfristig lieferbar Alleinvertretung für die Oberämter Calw u. Nagold Georg Köbele, Nagold, Tel. 126.

Mandolin- u. Gitarrenklub Calw.



Herbst-Konzert

am Samstag,

den 11. November ds. Js., abends 8 Uhr, im Saale des „Badisch. Hofes“ wozu hiemit freundlich Einladung ergeht.

Vorverkauf: Zigarrenhaus Ott. Saalöffnung 1/2 8 Uhr.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unerer am Samstag, den 11. Nov. 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Unterhaugstett freundlichst einzuladen.

Christian Wacker

Sohn des Johannes Wacker in Unterhaugstett,

Christine Calmbach

Tochter des Jourdan Calmbach in Weinberg.

Kirchgang 12 Uhr in Monakam.

Werbedrucksachen

in vorbildlicher Anordnung und bester neuzeitlicher Ausstattung

M. Delschläger'sche Buchdruckerei Fernsprecher 9 Calw Lederstr. 151.

Die v... der Urfa... verständi... Urteil nu... gewisser... der Mar... lands eig... bezeichnen... Haushalt... schaffung... den lauf... Anleihen... ergriffen... Sachverf... stellen, u... die Last... Strophale... Deutschla... Zahlungs... bestens... Sachleist... aufgenom... des deut... ländische... wichts u... unferer... mehr aus... von der... gung im... von der... Ausfuhr... zu verlan... der Mar... national... hier also... dishing... handeln... Millierter... geht dar... tens der... Stützung... deutsche... Grund d... gestern g... Es w... terte geg... wird, tro... die deut... sich entw... Ausein... sie umgel... lenken w... ja in der... grammat... Curzo... könnten i... lassen, al... durch die... politik ge... Formen... land sei... w i r t s c h... von weße... auch sein... sich einer... er glaub... wirkliche... demselbe... essant ist... lands in... Liebe zu... etwa den... will, hier... inbezug... eine „Pa... schaft na... Nbjahge... den Orie... gefährdet... ist auch h...